

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 6

Artikel: Sozialismus und Liberalismus
Autor: Gertsch, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333130>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat und den eidgenössischen Räten vorgelegt werden. Die Urheber erwarten, daß ihr Entwurf zur Vertiefung der Diskussion und zur leidenschaftslosen sachlichen Abklärung der Probleme beitrage. Insofern können auch wir sozialdemokratischen Initianten die Arbeit des Pressevereins auf diesem Gebiet begrüßen. Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß möglicherweise recht bald eine politische Konstellation sich ergebe, welche mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei eine Gewährleistung der Pressefreiheit in der Bundesverfassung verwirklichen werde.

Gerade in diesem Augenblick entbehrt die Frage der Aktualität; denn es handelt sich nun zunächst darum, das vereinheitlichte Strafrecht gegen den Föderalismus durchzusetzen. Es liegt sehr viel daran, diesen bedeutenden Kampf zum Erfolg zu führen. Es darf nicht heißen, daß die politischen Kräfte der Demokratie sich gegenseitig lahmen und überhaupt nichts mehr im Felde der demokratischen Politik erreicht und verwirklicht werden kann. Darum wird die Sozialdem. Partei die Bedeutung dieses großen Referendumskampfes nicht unterschätzen und dafür eine ganz große Anstrengung machen müssen. Es ist freilich richtig, daß die im Bundesrat exklusiv regierenden Parteien mit ihren eigenen Kräften nicht mehr demokratisch regieren können und darum immer mehr auf die Abwege zwar sehr zeitgemäßer, aber im höchsten Maß verhängnisvoller autokratischer Methoden kommen. Wir bekämpfen diese Methoden am besten, indem wir die letzten Möglichkeiten demokratischer Politik unter diesen Verhältnissen nicht barrikadieren. Darum Strafrechtseinheit zuerst! Die Pressegesetzgebung nachher! Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch unter den heutigen Verhältnissen (falls nicht ein neuer Weltkrieg Europa vernichtet) sich die Besonderheit der schweizerischen Regeneration wiederholen wird: Die regierende zentrale Staatsgewalt wird zuerst in den Kantonen durch eine Koalition überlegener Kräfte überwunden. Diese Entwicklung ist bei weitem nicht am Ziel, aber — trotz etwelcher Rückschläge — recht rüstig unterwegs. Sie allein wird auch das neue Presserecht, die Gewährleistung der Pressefreiheit, kodifizieren.

Sozialismus und Liberalismus

Von Hans Gertsch.

In der sozialistischen Presse ist seit kurzer Zeit ein neues Wort aufgetaucht, das Eigenschaftswort »liberalistisch«. Zum Unterschied von dem guten alten Wort »liberal« soll es offenbar einen abfälligen Nebengeschmack hervorrufen. Seiner Herkunft nach stammt dieses Wort aus dem Norden: es gehörte zu jenen Schlagworten, die der Nationalsozialismus in seinem Kampf gegen die deutsche Demokratie, die er als »liberalistisch« verwarf, in die Massen schleuderte. Ein neuer Beweis für die Durchschlagskraft gerade jener Propagandamethoden, die sich nicht an unsern Intellekt wenden, sondern in einer

dem kritischen Verstand ferner Geistessphäre ihre Wirkungen ausüben sollen.

Umgekehrt schloß der Vorsitzende des letzten britischen Gewerkschaftskongresses, *Bevin*, seine große Eröffnungsrede, die zu den wichtigsten Dokumenten der internationalen Gewerkschaftsbewegung zählt, mit einem Hinweis darauf, daß allzu weitgehende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sehr leicht die Gefahr einer totalitären Diktatur hervorrufen könnten.

Auf der einen Seite die Kampagne gegen den Liberalismus — auf der andern eine Warnung vor dem immer weitergehenden Interventionismus: offenkundig liegt hier ein Problem von grundlegender Bedeutung, mit dem sich die sozialistische Arbeiterbewegung bisher weder theoretisch noch praktisch zureichend auseinandergesetzt hat.

*

Liberalismus bedeutet zweierlei. Er tritt uns einmal entgegen als eine *staatsphilosophische* Auffassung, die im Kampf steht gegen die feudalen Bindungen des Menschen. Während die *Demokratie* um die Gleichheit alles dessen ringt, was Menschenantlitz trägt, jene erhabene Idee, die in den Stürmen der Französischen Revolution ihren Sieg davontrug, sucht der Liberalismus dem Verhältnis zwischen Mensch und Staat, einzelnen und Gemeinschaft eine bestimmte Form zu geben. Die Demokratie macht aus dem Untertanen einen gleichberechtigten Menschen, der über das Schicksal der Gemeinschaft mitzubestimmen vermag. Der Liberalismus erkämpft ihm eine »private Freiheitssphäre«, in die die Gemeinschaft in ihren verschiedensten Formen nicht einzudringen befugt ist. Die Demokratie legt die Herrschaft der Mehrheit fest, der Liberalismus setzt dieser Herrschaft Schranken, indem er Bezirke des menschlichen Lebens abgrenzt, in die kein fremder Mensch, auch nicht die Allgemeinheit eindringen darf. Die Demokratie unterwirft den Staat dem Menschen, der Liberalismus gibt dem Menschen seine Persönlichkeit.

Der Kampf um die Abgrenzung zwischen der Sphäre der staatlichen Zuständigkeit und der individuellen Freiheitssphäre des Menschen ist ein unvergleichliches Element aller sozialen Ideen und Bewegungen. Die besondere Lösung, die der moderne Liberalismus diesem Problem gegeben hat, hängt innig zusammen mit der besonderen Organisation des *wirtschaftlichen Lebens*, die um die gleiche Zeit durchgesetzt wurde. Der privaten Freiheitssphäre im Bereich des Geistigen, die der Liberalismus erkämpft, entspricht die freie Ausübung der Eigentumsrechte, die der ökonomische Liberalismus fordert. Der Zurückdrängung der Staatsallmacht im Leben des Individuums, die der philosophische Liberalismus auf seine Fahne geschrieben hat, entspricht die Sprengung der Fesseln, in die die alte Feudalordnung die wirtschaftliche Betätigung geschlagen hatte. Die persönliche Freiheit und die freie Konkurrenz in der Wirtschaft gehen Hand in Hand.

Die selbe große Revolution, die die Gleichheit und Freiheit des Menschen Gesetz werden ließ, legte auch die gesetzlichen Grundlagen für die wirtschaftliche Freiheit, das heißt für die Freiheit der Kon-

kurrenz, in der Ueberzeugung, daß das Gemeinwohl am besten gewahrt werde, wenn jedermann sein eigenes Wohl am besten verfolge.

*

Die sozialistische Arbeiterbewegung ist entstanden im Kampf gegen den liberalen Kapitalismus. Schon die große »industrielle Revolution«, die um die Jahrhundertwende der Maschine und dem Großbetrieb den Weg geebnet hatte, hatte in dem ungeheuren Massenelend, das sie heraufbeschwor, die soziale Gerechtigkeit des liberalen Wirtschaftsprinzips zweifelhaft werden lassen. Die Maschinenstürmer, die Luditen, die schlesischen Weber usw. kämpften nicht so sehr oder wenigstens nicht allein gegen den technischen Fortschritt an, sondern auch oder sogar vor allem gegen jene Auffassung, die, weil der technische Fortschritt einigen Unternehmern unmittelbare Vorteile brachte, in seiner rücksichtslosen Durchsetzung eine Garantie für Vorteile der Allgemeinheit erblickten. Alle sozialistische Gesellschaftskritik, von den französischen Utopisten bis zu Karl Marx, legte dar, daß der Vorteil des einzelnen keineswegs auch den Vorteil für die Allgemeinheit in sich berge, ja, daß im Gegenteil die rücksichtslose Verfolgung des Vorteils des einzelnen ganze Gesellschaftsgruppen ins Unheil stoße.

Daraus ergab sich sehr bald die Forderung nach Eingriffen des Staates, um zu verhüten, daß die freie Konkurrenz, das heißt die rücksichtslose Verfolgung des Einzelinteresses, mit den Interessen anderer Gruppen zu sehr in Widerspruch gerate. Dem Ideal des »Nachtwächterstaats« wurde die Forderung nach staatlicher Sozialpolitik entgegen gestellt. Der Forderung nach völlig uneingeschränkter Konkurrenz freiheit das Begehr nach systematischen Interventionen des Staates.

Diese Herkunft aus der Auseinandersetzung mit dem liberalen Kapitalismus hat die geistigen Grundlagen des modernen Sozialismus bestimmt. Seine Kritik ist in erster Linie eine Kritik am liberalen Kapitalismus. Sein Waffenarsenal entstammt nahezu ausschließlich den Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Vertretern des liberalen Kapitalismus. Seine praktische Politik läuft regelmäßig auf die Forderung nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, auf das Streben nach einer Ausdehnung des Bereichs der öffentlichen Wirtschaft auf Kosten der Privatwirtschaft hinaus.

In dem Maße, in dem der Kreislauf der Konjunkturen, das Auf und Ab der Wirtschaft, auch die ganze Gesellschaft zwischen Perioden der Prosperität und des Massenelends hin und her warf, trat in der sozialistischen Kritik der Gedanke der Planwirtschaft in den Vordergrund. Angesichts der ungeheuren Reichtumssteigerung, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung im neunzehnten Jahrhundert verbunden war, verlor der Hinweis auf die wirtschaftliche Differenzierung im Schicksal der Klassen an Bedeutung. Nicht mehr so sehr, daß er ungerecht sei, als daß er unfähig sei, die Wirtschaftskräfte richtig zu organisieren, wurde zum Hauptinhalt der sozialistischen Anklage gegen den Kapitalismus.

So formte sich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts das Weltbild des Sozialismus *in der Auseinandersetzung mit dem liberalen Kapitalismus*. Die Forderung nach dem staatlichen Eingriff in die Wirt-

schaft, nach der Stabilisierung der Wirtschaft durch staatliche Regelung, nach der Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit bildete den Hauptinhalt des sozialistischen Programms. Der Hinweis auf die Planlosigkeit, die »Anarchie« der Wirtschaft im liberal-kapitalistischen System, auf seine Unfähigkeit, die von ihm selbst entfesselten Wirtschaftskräfte richtig auszunützen, auf den Wechsel zwischen Hochkonjunktur und Krise — das wurde zum Hauptthema der sozialistischen Kritik. So wurden das sozialistische Bewußtsein und die Tradition geformt, so entstand die praktische Politik der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem liberalen Kapitalismus und seinen Wortführern.

*

In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts machten sich freilich in der Wirtschaft des fortgeschrittensten Landes des Kapitalismus, in Deutschland, neue Wirtschaftsformen bemerkbar, die den Geltungsbereich der freien Wirtschaft weitgehend einschränkten. Es entstanden die Kartelle und Trusts, die an die Stelle der freien Konkurrenz eine mehr oder weniger planmäßige Regelung in ihrem Wirtschaftsbereich zu setzen strebten. Die Bedeutung dieser neuen Elemente der Wirtschaft für die internationale Politik und für die wirtschaftliche Entwicklung ist in der sozialistischen Literatur eingehend behandelt worden. Die Theorie des Imperialismus und Hilferdings »Finanzkapital« sind Resultat dieser neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung gewesen.

Der Kriegsausbruch aber setzt völlig neuartige Fragen auf die Tagesordnung. Die Kartelle und Trusts waren privatwirtschaftliche Planungsversuche gewesen, denen der Sozialismus seine traditionelle Kritik an der Privatwirtschaft und der mit ihr verbundenen Ausbeutung entgegenzusetzen vermochte, während er gleichzeitig die Unzulänglichkeit und die Schranken solcher teilweiser Planungsversuche hervorhob. Die Kriegswirtschaft aber brachte einen in der modernen Geschichte beispiellosen Versuch einer gesamtwirtschaftlichen Planung durch den Staat. Zwar wurde die Ordnung des Privateigentums nicht aufgehoben, aber die Rolle des Privatunternehmers in großen Bezirken der Wirtschaft so sehr reduziert, daß er von einem staatlichen Funktionär kaum mehr zu unterscheiden war. Es ist nun kennzeichnend, daß die Stellungnahme des Sozialismus zu dieser Kriegswirtschaft keineswegs einheitlich war. Im Grunde lag schon in den Diskussionen um die Kriegswirtschaft jene Krise des Sozialismus beschlossen, die in den Ereignissen der letzten Jahre so schicksalsschwer deutlich wurde. Während auf der einen Seite von sozialistischen Theoretikern die neue Wirtschaftsplanung der Kriegswirtschaft in den Vordergrund gerückt wurde, verwies die andere Gruppe auf den politischen Absolutismus, dem die Wirtschaft und die Arbeiterklasse unterworfen waren. Während etwa Karl Renner in der Kriegswirtschaft eine Art Vorstufe zum Sozialismus erblickte, zeigte Kautsky auf, daß die Erkämpfung der Demokratie und der Sturz des Absolutismus die Voraussetzung für jegliche sozialistische Wirtschaft bilden müsse.

Es ist beachtenswert, daß von der einen Seite der Charakter der Wirtschaft, von der andern der der Staatsorganisation hervorgehoben wurde. Die Debatte bewegte sich sozusagen auf verschiedenen Ebenen.

Nach Kriegsende wurde die Kriegswirtschaft raschest abgebaut. Es setzte eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung ein, die rein äußerlich dort anknüpfte, wo man vor dem Kriege stehen geblieben war. Ein grundsätzlich liberaler Kapitalismus, in dem das Element der privaten Wirtschaftsplanung allerdings eine sehr große Rolle spielte, während der Umfang der Sozialpolitik durch die Revolutionen am Kriegsende erheblich gesteigert worden war. Grundsätzlich aber lag das Schwergewicht noch immer bei der freien Konkurrenz, so daß die sozialistische Kritik von neuem die Waffen verwenden konnte, die sie vor dem Kriege sich geschmiedet hatte.

Erst die große Krise, die 1929 über die Welt hereinbrach, setzte dem ein jähes Ende. Unvermittelt wurde deutlich, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Wahrheit niemals wieder zu den Formen der Vorkriegswirtschaft zurückführen könne. Am deutlichsten wurde diese neuartige Situation in dem Auftauchen großer Massenbewegungen, die wesentliche Teile der sozialistischen Kritik übernahmen, sie aber zu ganz andern programmatischen Forderungen benützten.

Die sozialistische Kritik hatte die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft als Quelle der Krisennot bezeichnet. Die faschistische Kritik sagte das gleiche. Die sozialistische Bewegung hatte systematische Interventionen des Staates gefordert. Der Faschismus verlangte, daß die gesamte Wirtschaft dem Staat unterworfen werde. Der Sozialismus proklamierte, daß das System der freien Konkurrenz zwar die Bereicherung einzelner verbürge, dafür aber andern Klassen zum Verderben gereichen und sie proletarisieren müsse. Der Faschismus stellte dem Konkurrenzgedanken den Satz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« entgegen. Unvermittelt sah sich der Sozialismus einem Gegner gegenüber, der anscheinend wesentliche Teile der sozialistischen Kritik übernahm, gegen den Kapitalismus wetterte, von der »antikapitalistischen Sehnsucht« der Massen sprach — und dabei den Hauptstoß seines Kampfes gegen den Sozialismus richtete.

Statt des traditionellen Gegners, des liberalen Kapitalismus, stand ein neuer Gegner auf dem Kampfplatz. Das alte Waffenarsenal des Sozialismus war offenkundig unzureichend, ihm zu Leibe zu gehen. Neue Waffen waren aber noch nicht geschmiedet. In dieser Situation liegt weit mehr als in der Tatsache, daß der demokratische Sozialismus eine politische Niederlage erlitt, die eigentliche Krise des Sozialismus begründet.

In allen Ländern, auch in jenen, in denen der Faschismus im Laufe der Krise nicht an die Macht kam, sind neue Wirtschaftsformen entstanden. Ein staatlich kontrollierter und dirigierter Kapitalismus, der zwar die alte Eigentumsordnung des Kapitalismus und das System der Profitwirtschaft aufrechterhält, von den alten Formen des liberalen Kapitalismus aber deutlich unterschieden ist. Und mit der Aufrichtung dieses neuen »gebundenen« Kapitalismus Hand in Hand ging der Ab-

bau der persönlichen und demokratischen Freiheiten, die der liberale Kapitalismus in seinem Siegeszug der Welt gebracht hatte.

Und damit tauchen im Grunde die gleichen grundsätzlichen Fragen auf, die zur Zeit der Kriegswirtschaft innerhalb des Sozialismus diskutiert wurden, soweit die Kriegszensur eine solche Diskussion zuließ. Auf der einen Seite steht das Element der Wirtschaftsplanung, das die neuen Formen des Kapitalismus, wenn auch unzureichend und noch durchaus experimentell, in die Wirtschaft hineinragen. Auf der andern die Aufrechterhaltung der gewaltigen Einkommensdifferenzen und die Diktatur. Das sind die Fragen, mit denen sich der zeitgenössische Sozialismus auseinandersetzen muß, wenn er seiner Gegenwartsaufgabe gewachsen und seine große Zukunftshoffnung bewahren will.

*

Die Ideologien folgen häufig erst in weitem Abstand der tatsächlichen Entwicklung. Und die Entwicklung der Tatsachen ist sehr häufig durchaus nicht einheitlich und eindeutig.

Die liberalen Wirtschaftsformen sind weit zurückgedrängt, aber noch keineswegs verschwunden. Nebeneinander bestehen Länder, in denen die staatliche Regelung der Wirtschaft Triumphe feiert, und solche, in denen die mehr oder weniger freie Konkurrenz noch für größere Gebiete innerhalb der Wirtschaft gilt.

Das hat zur Folge, daß die sozialistische Bewegung gleichzeitig mit beiden Gegnern zu ringen hat: mit dem traditionellen liberalen Kapitalismus einerseits, mit dem neuen organisierten und staatlich kontrollierten Kapitalismus anderseits.

Es ist nur zu begreiflich, daß eine Bewegung, die ihre Organisationen und ihre Theorie in mehreren Jahrzehnten aufgebaut hat, im Zeichen der Tradition steht und jenes Waffenarsenal am besten zu bedienen weiß, daß sie fünf Jahrzehnte lang bedient hat. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Festhalten an der Tradition des einseitigen Kampfes gegen den liberalen Kapitalismus — sehr häufig die Gefahr in sich birgt, daß dem noch weit gefährlicheren Gegner, der ein System des gebundenen Kapitalismus vertritt, der Weg geebnet wird. Wer heute den Kampf gegen den liberalen Kapitalismus mit der gleichen Intensität und den gleichen Formen führt wie etwa vor dem Kriege, läuft Gefahr, nicht für den demokratischen Sozialismus, sondern für den Faschismus zu arbeiten, ein Werkzeug im Dienste des »roi de Prusse« im wahrsten Sinne des Wortes zu werden.

Ebenso wie sich die Welt von Grund auf verändert hat und der neue Kapitalismus sich weitgehend von dem Kapitalismus der Vorkriegszeit unterscheidet, muß auch ein neuer Sozialismus entstehen, der sich der neuen Zeit geistig anzupassen versteht. Er muß der neuen Situation des Zweitfrontenkrieges gewachsen sein, dem Kampf mit dem liberalen Kapitalismus, der sich als unfähig erwies, die Welt aus der Not der großen Krise herauszuführen, aber auch dem Kampf mit dem neuen organisierten und staatlich kontrollierten Kapitalismus, der zur Ausbeutung auch noch die Zerstörung der menschlichen Freiheiten und der Persönlichkeit hinzufügt. Er muß sich Waffen schmieden, die dem alten

traditionellen Gegner, aber auch solche, die dem neuen, noch gefährlicheren Feind der Arbeiterbewegung angemessen sind. Er muß zeigen, daß der Sozialismus weder Liberalismus noch Organisation schlechthin ist, sondern etwas Drittes, daß er das große Erbe des Liberalismus, den Wert der menschlichen Persönlichkeit, mit den Notwendigkeiten der Wirtschaftsplanung zu vereinen weiß. Erst ein solcher neuer Sozialismus wird den geschichtlichen Aufgaben der Gegenwart gewachsen sein.

Eine Hilfskasse für notleidende Grundpfandschuldner und Grundpfandbürgen

Von Jacques Schmid.

Am 28. November 1937 hat das Solothurnervolk mit rund 20 000 gegen rund 10 000 Stimmen ein Gesetz angenommen, wie ein solches in Form und Inhalt weder in der Schweiz noch irgendwo im Ausland existiert, es ist das *Gesetz betreffend die Hilfskasse für notleidende Grundpfandschuldner und Grundpfandbürgen*. Aus der Not der Zeit geboren, will dieses Gesetz einem Kreis der Bevölkerung Hilfe bringen, wo die Bedrängnis infolge der Wirtschaftskrise besonders krasse Formen angenommen hat.

Es handelt sich um die kleinen und mittleren Haus- und Grundbesitzer, um Arbeiter und Angestellte, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende, die durch Arbeitslosigkeit, schlechten Geschäftsgang und gedrückte Preise *nicht mehr in der Lage sind, ihre Hypothekarschulden zu verzinsen und zu amortisieren*. Aber auch solche Hypothekarschuldner, die ihren Zins- und Amortisationspflichten immer nachgekommen sind, geraten durch die Forderungen der Gläubiger (in der Regel Banken) auf vermehrte Abzahlungen und Verstärkung der Sicherheiten, in schwere Not. Vielfach sind es Bürgen, die die Gläubiger zu ihrem unverständigen Vorgehen drängen, sei es aus Angst vor der Realisation ihrer Bürgschaftsverpflichtung oder aus Spekulation auf den Konkurs des durch die Wirtschaftskrise geschwächten Schuldners, dessen Besitz sie auf der öffentlichen Steigerung zu einem billigen Preis an sich zu bringen hoffen. Die von der Kapitalseite her in unserem Lande geforderte und von den bürgerlichen Behörden getreulich durchgeführte *Deflationspolitik hat die Wirtschaftskrise so verschärft, daß auf dem Liegenschaftenmarkt geradezu katastrophale Verhältnisse eingetreten sind*, die erst durch die Abwertung unserer Währung eine etwelche Entspannung erfahren haben. Aber viele Opfer sind gefallen und viele brave Volksgenossen stehen noch am Abgrund und zittern vor dem Verlust ihrer mit der ganzen Lebenskraft aufgebauten Existenz.

Lassen wir die Situation durch die durch das solothurnische Finanzdepartement ermittelten amtlichen Zahlen beleuchten:

Im Kanton Solothurn betrug vor dem Kriege die hypothekarische Gesamtverschuldung rund 200 Millionen Franken, zu Ende 1936 aber